

IWF: Engagement statt Abschottung

Im Frühjahr wird das Parlament erneut über eine Erhöhung des Schweizer Engagements beim Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie eine Anpassung von dessen Führungsstruktur entscheiden. Dabei geht es um eine Aufstockung des verzinsten Darlehens von 4,5 auf 7,5 Mia. CHF. Das ist viel Geld, das angesichts des nicht mehr ausgeschlossenen Bankrotts Griechenlands und der unsicheren Lage anderer Euro-Staaten keine risikofreie Anlage mehr ist. Auch ist das Verhalten der Griechen frustrierend. Weiterhin wurde der Beamtenstab um lediglich etwa 1000 statt 30'000 Beamte reduziert, und die Privatisierung und Liberalisierung bleiben leere Versprechen. Trotzdem wäre ein Nein zum IWF-Engagement falsch:

Erstens müssen alle Staaten ihren Beitrag zur Verhinderung einer epochalen Krise leisten – auch die Schweiz. Für den führenden US-Ökonomen Eichengreen droht der Weltwirtschaft entweder eine epochale Krise wie in den 30er Jahren, als auf den Zusammenbruch des Währungssystems Währungs-, Handels- und schliesslich militärische Kriege folgten. Oder die Welt geht den Weg der Währungskrise der 70er Jahre, als sich die Staatengemeinschaft nach dem Zusammenbruch des Vertrauens in die Reservewährung unter starker Beteiligung der Schweiz zu einer glaubwürdigen Lösung durchrang, und die Krise nach einigen Jahren überwunden war. Ob sich eine Wiederholung der 30er Jahre abwenden lässt, hänge zentral vom Engagement der Staatengemeinschaft ab. Die Schweiz ist heute noch globalisierter und exportorientierter als in den 30er Jahren. Ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft wie in den 30er Jahren wäre für uns eine Katastrophe.

Zweitens ist der IWF die zur Lösung der Währungskrise wichtigste Organisation. Er darf nicht geschwächt werden. Europa versinkt immer

mehr im erbitterten Streit zwischen fiskalkonservativen Nordländern und in der Rezession gefangener Südländern. Europa wird nur einen Ausweg finden, wenn sich die ‚deutschen Forderungen‘ nach Schuldenbremse, Rentenreformen und Strukturreformen und die Forderungen der Südstaaten nach tieferen Schuldzinsen dank Solidarhaftung sowie Investitionen für eine wachstumsorientierte Politik finden. Zentral ist, dass ein Kompromiss im richtigen Zeitpunkt gefunden wird. Ein zu frühes Nachgeben von Deutschland würde die innenpolitische Stabilität und die Nachhaltigkeit der Reformen gefährden; ein zu stures Zuwarten würde Europa in einer Rezessionsspirale treiben. Hier spielt der IWF mit seiner Erfahrung und Glaubwürdigkeit die zentrale Rolle des Schiedsrichters.

Drittens darf die Schweiz in internationalen Organisationen wie dem IWF nicht weiter an Einfluss verlieren. Die Schweiz ist eine wirtschaftliche Macht, politisch sind wir ein Kleinstaat. Für unseren Erfolg ist es zwingend, dass international das Völkerrecht statt Faustrecht gilt. Deshalb hat sich die Schweiz immer bei WTO und IWF engagiert. Die Gründung der G20 zeigt, wie unser Einfluss durch das Erstarken der Schwellenländer schwindet. Gleiches droht beim IWF, wo die Schwellenländer in den Entscheidungsgremien mehr Einfluss wollen. In der Gouvernanzreform führte das EFD die von Bundesrat Merz begonnene Verhandlungsstrategie offenbar erfolgreich weiter: Zwar rutscht unsere Ländergruppe auf den 19. Platz ab. Unser Sitz im auf 20 Sitze zu reduzierenden Direktorium bleibt aber ebenso gesichert wie unsere Führungsstellung innerhalb unserer Ländergruppe. Um hier unsere Position zu halten, ist das zusätzliche IWF-Engagement Voraussetzung.

Ein Nein zum Engagement würde die Schweiz isolieren. Wer sich in Krisenzeiten isoliert, kann nicht mehr auf die Sympathie anderer Staaten zählen und verliert die Einfluss- und Drohmöglichkeiten.

Ein solche Drohkulisse muss der Bundesrat für den Fall aufgebaut haben, dass unser Direktoriumssitz trotz Finanzengagement angegriffen wird. Dann müssen die anderen Staaten wissen, dass mit Vorstössen zur Reduktion und gar Kündigung unseres Engagements beim IWF zu rechnen wäre. Bis weit in die FDP würden solche Vorstösse unterstützt. Als eine der wenigen Gläubignationen Europas muss die Schweiz ihren Sitz halten, was im Interesse aller stabilitätsorientierten Staaten ist. Ein Rückzug der Schweiz ist nur eine Ultima Ratio. Diese Karte glaubhaft in der Rückhand zu haben, ist Aufgabe unserer Diplomaten. Das ist jedoch nur ein wichtiger Nebenschauplatz im Vergleich zur Frage, wie wir eine Kernschmelze der Weltwirtschaft verhindern. Dafür ist mehr Engagement der Schweiz auf finanzieller und vor allem personeller Ebene beim IWF, der OECD, der WTO und den UNO-Organisationen zentral und Abschottungsforderungen ein kurzsichtiges, gefährliches und populistisches Sägen auf dem Ast, auf dem wir sitzen.

Markus Hutter, Nationalrat und Unternehmer, Vizepräsident der FDP. Die Liberalen